

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

17.10.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Energiestandort Lubmin will auf Nummer sicher gehen</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 17.10.2022</i> .....	3
2   <b>Nach Debatte auf Parteitag: Grüne stimmen Atom-Einsatzreserve zu</b> <i>tagesspiegel.de, 14.10.2022</i> .....	5

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 17.10.2022 | S. 7

Weitere Quelle(n): Nordkurier – Neubrandenburger Zeitung Stargard, sueddeutsche.de

 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

 Christiane Bosch

## Energiestandort Lubmin will auf Nummer sicher gehen

### Verschärfte Vorkehrungen im Hafen nach Angriffen auf kritische Infrastruktur

Nach mutmaßlichen Angriffen auf die kritische Infrastruktur in der Ostsee und in Deutschland prüfen die Initiatoren eines geplanten Flüssigerdgas-Terminals in Lubmin mögliche Auswirkungen. „Wir haben diese Entwicklungen selbstverständlich aufmerksam verfolgt“, teilte die Deutsche Regas auf Anfrage mit. Man prüfe potenzielle Auswirkungen auf das Projekt und stehe seit Wochen zum Thema Sicherheit mit Behörden in engem Kontakt. Details könne man nicht nennen.

Schon vor den mutmaßlichen Sabotageakten an den Ostsee-Pipelines Nord Stream 1 und 2 sowie an der deutschen Bahninfrastruktur hat der Industriehafen in Lubmin nach eigenen Angaben die Sicherheitsmaßnahmen verschärft. Die Vorkehrungen seien bereits seit Februar schrittweise erhöht worden, sagte der Lubminer Bürgermeister Axel Vogt (parteilos), der auch den zuständigen Zweckverband leitet. „Weitere Maßnahmen sind in der Vorbereitung.“ Das betreffe etwa den südlichen Hafengebiet. Der Zaun des Betriebsgeländes solle dort erweitert und Straßen für die Öffentlichkeit gesperrt und bewacht werden. Man stimme sich auch mit der Deutschen Regas ab.

Bundes- und Landesregierung planen im Nordosten einen Ausbau der Energieinfrastruktur etwa im Bereich Flüssigerdgas (LNG), Wasserstoff oder Windkraft. Das Schweriner Wirtschaftsministerium wird nach eigenen Angaben bei Genehmigungsverfahren nach den Vorfällen der vergangenen Zeit aber keine zusätzlichen Anforderungen stellen. „Dabei handelt es sich um Fragen der Gefahrenabwehr, die von entsprechenden polizeilichen Stellen des Bundes und/oder der Länder in das Verfahren eingebracht werden müssten.“ Eine Kompetenz der Genehmigungsbehörden selbst gebe es hierfür nicht.

In einer gemeinsamen Antwort vom Wirtschafts- und Innenministerium heißt es, Anordnungen zum Schutz vor unrechtmäßigen Eingriffen Dritter in entsprechende Anlagen seien nicht im Genehmigungsverfahren vorgesehen. Stattdessen wird etwa auf polizeiliche Sicherheitszonen für Offshore-Anlagen hingewiesen.

Lubmin in Vorpommern verfügt bereits jetzt über mehrere Anlagen der kritischen Infrastruktur: Hier enden die beiden von Russland durch die Ostsee verlaufenden Gaspipelines Nord Stream 1 und 2. Beide sind durch mutmaßliche Angriffe in der Ostsee beschädigt worden. Vor Ort befindet sich auch ein Umspannwerk, an das Offshore-Windparks per Seekabel angebunden sind. Nebenan steht ein Zwischenlager für radioaktiven Abfall und ein im Rückbau befindliches Kernkraftwerk.

Das für das Kernkraftwerk und Zwischenlager zuständige Unternehmen **EWN** teilte mit, man habe sich selbstverständlich vorsorglich mit verschiedenen Gefährdungslagen auseinandergesetzt. Gascade, der Betreiber der umfangreichen Gasleitungsinfrastruktur in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hafen schrieb, die Anlagen würden das ganze Jahr und 24 Stunden pro Tag von einem Wachschutzdienst überwacht. „Wir stehen in engem Kontakt mit der Polizei, die gegebenenfalls sofort kommt, kontrolliert und eingreifen kann.“

Das Schweriner Innenministerium hat nach eigenen Angaben keine Hinweise auf eine zusätzliche Gefährdung kritischer Infrastrukturen in MV. Die Polizei kümmere sich entsprechend der Lagebeurteilung um den Schutz. Zudem habe sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag über einen besseren Schutz der kritischen Infrastruktur in Deutschland verständigt.



tagesspiegel.de | 14.10.2022

WEBLINK

## Nach Debatte auf Parteitag: Grüne stimmen Atom-Einsatzreserve zu

*Die Grünen machen den Weg frei für einen Streckbetrieb der beiden süddeutschen Atomkraftwerke. Ein Kauf von Brennstäben bleibt für die Partei aber tabu.*

Die Grünen haben auf ihrem Parteitag in Bonn den Weg frei gemacht, die beiden süddeutschen Atomkraftwerke Isar 2 und Neckarwestheim über den Jahreswechsel am Netz zu behalten. Das beschloss eine Mehrheit der Delegierten am späten Freitagabend.

Allerdings sollen die beiden Meiler maximal bis zum 15. April am Netz bleiben. Das Atomkraftwerk Emsland in Niedersachsen soll laut Parteitagsbeschluss dagegen wie geplant am 31. Dezember abgeschaltet werden.

Zuvor hatte Vizekanzler Robert Habeck nochmals für die von ihm konzipierte Atom-Einsatzreserve geworben. Der Stresstest habe gezeigt, dass es im Extremfall zu einer Stromlücke von vier bis acht Gigawatt kommen könne. Die beiden süddeutschen Atomkraftwerke würden 0,5 Gigawatt produzieren. „Sie lösen das Problem nicht“, sagte Habeck. Aber die Atomkraftwerke könnten helfen. „Weil die Lücke so groß ist, sollten wir diese Möglichkeit nicht von vornherein nicht ausschließen.“

Auch die Parteispitze hatte für den Kompromiss von Wirtschaftsminister Habeck geworben. „Wir sind bereit, schwierige Wege zu gehen“, sagte Parteichefin Ricarda Lang. Es stünde den Grünen gut, an dieser Stelle Verantwortung zu übernehmen.

Gleichzeitig machte sie deutlich, dass die Einsatzreserve der maximale Kompromiss für ihre Partei sei. Atomkraft sei noch immer teuer und unsicher. „Neue Brennstäbe, ein Wiedereinstieg in die Atomkraft wird es mit uns nicht geben“, sagte Lang. Schon vor dem Parteitag hatte sie den Kauf von Brennelementen als „rote Linie“ für ihre Partei definiert - eine klare Absage in Richtung der FDP, die genau das vehement fordert.

Auch Umweltminister Steffi Lemke, die auch für die Reaktorsicherheit zuständig ist, warb für den Kompromiss - trotz persönlicher Bedenken. „Was der Bundesvorstand hier vorgelegt hat, ist eine Zumutung – auch für mich persönlich.“ Wenn die beiden Atomkraftwer-

ke in der angespannten Lage helfen könnte, dürfe die Partei davor nicht die Augen verschließen. Sie versprach, dass es sich um eine einmalige Verlängerung handle. „Wir sind der Garant in der Bundesregierung, dass wir aus der Atomkraft aussteigen.“

Andere Grünen-Mitglieder hatten dagegen vor der Einsatzreserve gewarnt. Ein Antrag des Kreisverbands Friedrichshain-Kreuzberg und des grünen Urgesteins Karl-Wilhelm Koch hatte die Partei aufgefordert, auf den vereinbarten Atomausstieg zum Jahreswechsel festzuhalten.

„Wer garantiert uns, dass wir den 15. April nicht auch wieder kippen“, fragte Koch in seiner Rede gegen die Pläne der Parteispitze. Der Atomausstieg sei mühsam erarbeitet worden mit den Betreibern der Meiler, der Anti-AKW-Bewegung und den Menschen vor Ort „Diesen Kompromiss geben wir jetzt auf, weil die FDP meint, Wahlkampf machen zu müssen“, kritisierte Koch. Er äußerte zudem Sicherheitsbedenken angesichts der Sabotage-Akte auf kritische Infrastrukturen in den vergangenen Wochen, wie die Kommunikationsnetze der Bahn und auf die Nordseepipeline Nord Stream 2.

Mit dem Beschluss ist die Zukunft der deutschen Atomkraftwerke jedoch noch immer nicht besiegelt. Die Ampel-Regierung hat sich seit Wochen darüber zerstritten. Die FDP fordert den Kauf neuer Brennelemente und möchte alle drei Atomkraftwerke bis 2024 betreiben. Die Liberalen, die nach Wahlniederlagen in den Ländern unter Druck stehen, argumentieren mit den hohen Stromkosten und der Versorgungssicherheit.

Finanzminister und FDP-Chef Christian Lindner kritisierte am Rande seiner Reise in die USA die Äußerungen von Grünen-Chefin Lang. Er erwarte von allen Beteiligten, dass sie keine roten Linien zeichneten, „sondern den Horizont erweitern“, sagte er dem Fernsehsender Welt.

Zuvor waren mehrere Gespräche zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Habeck und Lindner ohne Erfolg geblieben - zuletzt am Donnerstagabend. In der kommenden Woche wollen die Ampel-Spitzen dem Vernehmen nach erneut verhandeln, damit ein

Gesetzentwurf ins parlamentarische Verfahren gehen kann. Einigt sich die Ampel nicht bleibt es beim Atomausstieg zum Jahreswechsel - trotz der angespannten Energielage in diesem Winter.